

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile 20 mm breit, 12. u. 13. Spalte, für 100 Zeilen 1.200 M., für 200 Zeilen 2.400 M., für 300 Zeilen 3.600 M., für 400 Zeilen 4.800 M., für 500 Zeilen 6.000 M., für 600 Zeilen 7.200 M., für 700 Zeilen 8.400 M., für 800 Zeilen 9.600 M., für 900 Zeilen 10.800 M., für 1000 Zeilen 12.000 M.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Postboten monatlich 12.35 M., vierteljährlich 36.10 M., halbjährlich 72.20 M., jährlich 144.40 M. Einzelnummer 2.20 M.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandsstraße 4. Fernsprechnummern: 23541, 23885, 26677 und 26703. Postfachkonto: Dresden Nr. 2060

## Zahlung der Reparationsrate vom 15. Juli verlangt

### Die Stunde der Entscheidung

Es ist das Kräftigste an den menschlichen Dingen, daß die Kräfte nur ein bestimmtes Ausmaß von Leistung übertragen. Mitunter reichen die Kräfte nicht aus, an denen Zweifel gezerrt wurde. Das ist aber doch der schicksalhafteste Moment im Leben. Viel häufiger geschieht, daß man gleichmäßig wird und unter dem fortgesetzten Druck die Kräfte sich mit Ruhe zu weihen beginnt. Es hat keinen Sinn, die mehr oder weniger legendarischen Berichte anzuhören, die über die Vorkämpfer der geschickten Besprechung von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien folgenlos sind. Man ist in gewissen Kreisen nicht über die Kräfte des Reichspräsidenten, vermittelnd eingegriffen, entrückt war und ob dann Scheidemann bei der Zusammenkunft seinen ganzen Jörn über den ihm angeblich seit langem verfeindeten Reichspräsidenten sich vom Herzen lud, es ist am letzten Ende ungeschickter als die Kräfte. Die Hauptfrage bleibt: Man hat dies mal die Kräfte bewahrt, und also hat der Schreck nicht sein Ziel verfehlt. Die Steuerkräfte sind abgeflaut. Auch über das Reich zum Schutze der Republik ist man zum mindesten im Parlament, in der Hauptsache sich einig. Alles in allem: Wenn ordnungsmäßig und parlamentarisch verfahren wird, ist das Schicksal nicht mehr gefährdet, ist auch die qualifiziertere Zweidrittelmehrheit im Reich.

Die Entscheidung wird davon abhängen, ob die Mehrheit der Reichspräsidenten genügend Einsicht und Weitblick zeigen. Einzuwenden möchten wir annehmen, daß sie vor einer solchen Verantwortung, wie wir sie oben kennzeichneten, doch noch zurücktreten. Im unklaren Annahme werden wir bekräftigt durch die Tatsache, daß Präsident Ebert mit dem Schluß der Tagung für den Sonntagabend rechnet. Vielleicht gibt es also doch noch einen friedlichen Ausweg.

### Umbildung des Kabinetts durch den Kanzler? Sifferding als Aufbauminiater, Dr. Wiedfeldt als Minister des Äußeren genannt

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir anzunehmen Grund haben, wird eine Auflösung des Reichstags unter keinen Umständen erfolgen. Hingegen erscheint und nicht ausgeschlossen, daß der Reichstagskanzler auf eigene Hand auf Grund seines unbestreitbaren verfassungsmäßigen Rechtes sein Kabinett nach persönlichem Geschnitz zusammenzustellen suchen wird. Herr Dr. Sifferding wird also unter Umständen einen unabhängigen Aufbauminiater (man kann mit Dr. Sifferding rechnen) in sein Kabinett berufen und vielleicht zum Auswärtigen Ministerium des Reiches einen Herrn übertragen, der politisch der Deutschen Volkspartei nahesteht. Die „Politische Zeitung“ nennt in diesem Zusammenhang Dr. Wiedfeldt, den deutschen Botschafter in Washington. Einer einseitigen Umbildung des Kabinetts nach links, die bis in die letzten Stunden vielleicht in dem Kanzler nachstehenden Rechten und vielleicht auch von ihm selbst erwogen wurde, widerstreben Zentrum und Demokraten mit nachdrücklicher Entscheidung. Die „Germania“ vertritt sich zu diesem Ende einen Verstoß unter der unumkehrlichen Bedingung, „bis hierher und nicht weiter“. Auch die demokratische Reichstagsopposition steht, wie wir nochmals unterstreichen, auf diesem Standpunkt. Der Reichspräsident wird, wie jetzt verläutelt, erst heute zurückkommen. Bei den sehr engen interfraktionellen Beziehungen, welche die noch kritischen Punkte auszugleichen bestimmen waren, hat es sich vornehmlich um die Bestimmung über die gewaltsame Sprengung von Berlin am Montag gehandelt, deren Befreiung die Sozialdemokratie wünscht, an der aber die Deutsche Volkspartei sehr entschieden festhält.

### Die deutsch-russischen Beziehungen von der bosnischen Krise bis zum Weltkrieg

Von Graf F. Pourtales, ehemaliger deutscher Botschafter in St. Petersburg

Der ehemalige deutsche Botschafter in St. Petersburg Graf Pourtales gibt in nachfolgendem Aufsatz eine bemerkenswerte Darstellung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, wie sie sich in der letzten Periode der Aufregung zwischen 1900 und 1914 entwickelten. Graf Pourtales, der in seinem Werk wieder sehr scharf hervortritt, erzählt die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in der letzten Periode der Aufregung zwischen 1900 und 1914. Graf Pourtales, der in seinem Werk wieder sehr scharf hervortritt, erzählt die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in der letzten Periode der Aufregung zwischen 1900 und 1914.

nur nicht erhöht, sondern im Gegenteil eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin zur Folge gehabt. Allerdings hatte das Berliner Kabinett es für nötig erachtet, bevor es den in Aussicht gestellten Schritt in Wien unternahm, eine sofortige bestimmte Erklärung der russischen Regierung zu verlangen, daß sie rückhaltlos die für von Deutschland vorgeschlagene Lösung annehme. Der Herr Fürst Jussowitsch in freundschaftlicher Weise darauf, die Standpunkte, daß die deutsche Regierung, bevor sie Handels- und Gewerbeverträge mit Rußland abschließen, auf keinen Fall auf diesen Boden treten, fand aber anscheinend beim Ministerpräsidenten, Jussowitsch, nach Einschaltung der kaiserlichen Gemahlin, anhaltend die von und gewünschte Erklärung ab.

Die Befregung der durch die Annexion Bosniens und der Herzegovina hervorgerufenen Krise erfolgte bekanntlich in der Weise, daß die deutsche Regierung in Petersburg mitteilte, sie sei bereit, falls Rußland dieser Lösung zustimme, das Wiener Kabinett zu fordern, ob dieses einverstanden wäre, den Rücktritt der formellen Sanction der Aufhebung des Artikels 17 des Berliner Vertrages zu unterbreiten. Durch diese „formale negative“, wie sie der damalige deutsche Botschafter, Fürst Jussowitsch, nannte, wurde auf den russischen Standpunkt insofern Rücksicht genommen, als der von Rußland nicht betonte europäische Charakter der bosnischen Frage auf diese Weise gewahrt und es Rußland erleichtert wurde, sich mit der Annexion abzufinden. Fürst Jussowitsch bezeichnete mir gegenüber damals den deutschen Vorschlag als sehr glücklich und als einen „großen Dienst“, den Deutschland Rußland erwiesen habe.

Bei Rußlands Entschlossenheit mochte sich um fort die Befregung geltend, daß der von Deutschland dem Petersburger Kabinett eröffnete Ausweg aus einer schwierigen Lage zu einer Annäherung zwischen Petersburg und Berlin führen könnte. Die Befregung der Krise wurde daher von den Entente-Kabinetten, obgleich weder England noch Frankreich den Krieg damals wollten, mit schärfster Verwirrung aufgenommen. Jussowitsch bekam bittere Vorwürfe darüber zu hören, daß er sich hinter dem Rücken seiner Pariser und Londoner Freunde mit Deutschland in Verhandlungen eingelassen habe und auf die deutschen Vorschläge eingegangen sei. Zugleich wurde von der Entente-Diplomatie eine wilde Dece gegen Deutschland in Gange gesetzt. Deutschland wurde beschuldigt, daß es Rußland in brutaler Weise bedroht und gezwungen habe, um den Krieg zu vermeiden, ein ihm geschicktes Ultimatum anzunehmen. Der englische Botschafter in Petersburg, Sir Arthur Nicolson, schenkte sich nicht, nach einem Dinner auf der deutschen Botschaft vor einem Kreise von Gästen die belästigenden Vorwürfe gegen die russische Politik zu richten, welche vor Deutschland zu Kreuze gezogen sei. Im höchsten Grade der empfindlichen Botschaftsarbeit O'Brien von dem Sir Arthur Nicolson, mit dem Deutschland aufgekämpft sei und dadurch das Einkommen von Rußland erreicht habe. Bei einem Besuch, den ich meinem französischen Kollegen, Admiral Touchard, am Tage nach der Annahme des deutschen Vorschlags durch Rußland abstatte, brachte ich die Rede auf die Beziehungen der Krise und drückte meine Freude darüber aus, daß nunmehr die Gefahr eines Krieges abgewendet und daß dieses Resultat auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen erreicht worden sei. Der Botschafter, ein vornehm gefinnter Mann, der persönlich den in seinen Tagen gegen die deutsche Politik gerichteten Intrigen noch meiner Überzeugung gänzlich fern fand, sah mich bei diesen Worten erkaunte an und bemerkte, meine Mitteilung übertrage ihn um so mehr, als ihm von einem äußeren Besten Anfechtung — „une scène très violente“ — der sich vor wenigen Tagen zwischen Jussowitsch und mir abgespielt habe, erzählt worden sei. Ich bot meinem Kollegen jedoch, sich diesen Besten Anfechtung auf dem Herrn Jussowitsch selbst zu lassen; der Minister werde ihm gewiß behelligen, daß unsere Besprechungen in durchaus verständlichem und freundschaftlichem Tone geführt worden seien. Es behand für mich kein Zweifel darüber, daß die Information des Admirals Touchard von der englischen Botschaft herrührte.

### Die europäische Krise und die europäischen Staatsmänner

Warum warten wir immer eine Katastrophe ab und unternehmen keine Schritte, um ihr zuvorzukommen? Diese bedeutende Frage, die der Abgeordnete Kewenig im englischen Unterhaus stellte, trifft mit bestem Recht die schwächste und verwundbarste Stelle der europäischen Staatsmänner von heute, erfüllt in einem Maße die tiefste Ursache ihres von Woche zu Woche sich klügender offenbarenden Verfalls. Ebenso bedauernd wie die Frage ist die Antwort: Es erfolgte nämlich gar keine. Es blieb alles ruhig auf der Ministerbank. Die viel redenden Staatsmänner hielten sich dieses eine Mal in Schweigen. Dies Momentbild von der gefälligen Unterhandlung verdient es, festgehalten zu werden. Gerade jetzt, wo alle politischen Ränderwörter sich beugen, unter großem Geheiß der Brunnen ausgedehnt, nachdem das Kind glücklich hineingefallen ist. Ich bin durchaus dafür, daß die Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages durchgesetzt werden“, erklärte der englische Premier dieser Tage einer sorgenvoll zu ihm kommenden Deputation englischer Industrieller, „sonst geschieht, daß wir uns dabei nicht selber mehr schaden als Deutschland.“ Und noch positiver klang's bald nachher im Parlament aus seinem Munde: „Die britische Regierung ist der Ansicht, daß es absolut notwendig ist, Deutschland ein Moratorium zu erteilen.“ Das sind sehr kluge, sehr vernünftige und sehr verspätete Einsichten. Das Kind liegt nun mal schon im Brunnen, und die Deutschen freuen sich herzlich, wenn der Dollar mal nicht über 500 steht. Ein solches Moratorium genügt heute nicht mehr. Die Zeit der kleinen Mittel ist vorbei. Man kann Anleihe und Moratorium beschließen und hat damit doch nur ein dürftiges Notbehältnis für das nächste Daus der europäischen Finanzen gesammelt. Man muß weitergehen; man muß sich zu völliger Neuanfang entschließen. Unden Ruinen von Versailles herumzuführen, hat keinen Sinn und keinen Zweck mehr.

Manuelle, wirtschaftliche und politische zugleich. So muß neben dem finanziellen Neubau der Wirtschaftliche und vor allem der politische vor sich gehen. Das heißt „Revision von Versailles“. Und das heißt mehr als „Revision von Versailles“. Denn auch eine bloße äußerliche Veränderung aller Bestimmungen dieses Vertrages bliebe Oberfläche, und wir müssen in die Tiefe der Probleme, um wieder in die Höhe zu kommen.

Rein hoffnungsvoller Ausblick ist die Antwort der Reparationskommission: sie wird sich zwar, das geht aus der ganzen Anlage des Textes hervor, ganz ruhig für das Moratorium aussprechen, sobald der Bericht des Berliner Garantiefomitees in Paris eingetroffen ist, aber sie preßt aus Deutschland noch die letzte gerade erreichbare Goldsumme heraus und fordert die für Sonntagabend fälligen 22.107.207 M. und verzögert dabei nicht einmal die 70 Pfennig, die zu dieser Summe noch hinzukommen. Wir sagen getrennt, warum die Reichsregierung sich diesen letzten Rest gern in ihren Taschen benahmt hätte. Sie wird jetzt sofort wieder mit dem Ankauf großer Devisenmengen beginnen müssen, denn die Antwort der ausländischen Geschäftsmengen steht bevor. Diese Käufe werden abermals ungünstig auf die Mark einwirken und damit die Wände der Weltens ebenso schädigen wie und selbst. Die Ausgaben der Regierung für Rahmungs-mittel — einer der deutschen Vertreter in Paris wieder treffend darauf hin — steigen ohnehin in erschreckendem Maße weiter, und der Ausgleich des Budgets wird durch die harte Forderung auf Zahlung der nächsten Rate eine noch unüberwindlichere Aufgabe. Lloyd George sagte den englischen Fabrikanten, er sei froh, daß die Aufgabe, vor der die deutsche Regierung steht, nicht eine Aufgabe für die englische sei. Er beneidet Deutschlands Staatsmänner, die sie lösen müßten, nicht Lloyd George sprach, wenn er allein war, immer sehr vernünftig — und handelte bisher, wenn er mit seine Kollegen aus Paris, Brüssel und Rom zusammenkam, doch immer sehr unvernünftig seinen vernünftigen Worten entgegen. Der Schweregang der europäischen Konferenz ist Beweis.

Als ich die Übermittlung der Berliner Anfrage Jussowitsch gegenüber diese Anfrage dahin erklärte, daß es eine „grosse Brücke“ sei, die wir ihm bauten, und daß er diese Brücke, wie mir schien, ruhig betreten könne, sah der Minister dies sofort ein und erwiderte: „En effet, je crois que c'est une voie dans laquelle nous pourrions entrer.“ (In der Tat, das ist ein Weg, den wir einschlagen können.) Aus dem durch die Sieberischen Verfassungsveränderungen befallenen unruhigen Mittelungen, die Jussowitsch damals nach Paris und London riefte, geht denn auch deutlich hervor, daß der Minister den deutschen Schritt als einen freundschaftlichen angesehen hat. „Ich habe dem Grafen Pourtales für diese freundschaftliche Mitteilung gedankt“, telegraphierte Jussowitsch am 17./1. März nach Paris und London und bemerkte noch in demselben Telegramm, daß er „den persönlichen Geist“ der Mitteilung des deutschen Botschafters „anreize“. Es ist daher nicht richtig, wenn jetzt hier und da behauptet wird, daß das Eingreifen Deutschlands zur Lösung der bosnischen Krise eine weitere Abföhlung der deutsch-russischen Beziehungen zur Folge gehabt habe.

Das wir uns in der Annexionfrage rüchheitlos auf die Seite Österreich-Ungarns gestellt hätten, konnte allerdings nicht umhin, einen Schatten auf das Verhältnis Rußlands zu Deutschland zu werfen. Die „Revue de France“, mit der Deutschland in „Schimmernde Wech“ an die Seite seines Bundesgenossen getreten war, wurde natürlich in Rußland sehr übergenommen. „Rendevue für Bosnien“ wurde fortan ein Spitzwort, welches die russische Politik in den folgenden Jahren bis zum Weltkrieg hart bedrängte hat. Der Schritt Deutschlands aber, welcher schließlich die Lösung der bosnischen Krise herbeiföhrte, und der Rußland einen ehrenvollen Rückzug aus einer unbehaglichen Lage ermöglichte, hat die Verblümmung in Rußland gegen Deutschland nicht

Die Antwort der Reparationskommission B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission übermittelte der deutschen Regierung folgende Note: Die Reparationskommission hat die Ehre, der Reichsregierung den Empfang des Memorandums vom 12. Juli zu bezeugen, und behält sich vor, dieses mit der ganzen Aufmerksamkeit zu prüfen, die der Ernst der darin geschilderten Lage erfordert. Doch ist sie überzeugt, daß die für Reparationen geforderten Zahlungen nur eine, und nicht die wesentliche Ursache der gegenwärtigen Markentwertung darstellen, und daß man endlich einen stabilen Zustand nur durch Verwirklichung von Finanzreformen schaffen kann, wie sie seit langem von der Reparationskommission gefordert wurden. Solange der Bericht des Garantiefomitees über die Durchführung dieser Maßnahmen der Reparationskommission nicht zugegangen ist, kann diese keine Entscheidung treffen. Angesichts der Dringlichkeit des Problems glaubt sie aber, eine Entscheidung fällen, und diese der deutschen Regierung noch vor dem 15. August bekanntzugeben zu lassen. Was die am 15. Juli fälligen Zahlungen betrifft, so erhält die Reparationskommission auf das Schreiben vom 12. Juli die Nachricht, daß die Höhe dieser Zahlungen nach Berücksichtigung gewisser, Deutschland angegebener, Kredite sich auf 22.107.207 Goldmark und 70 Pfennig beläuft. Dieser Rest, von dem die deutsche Regierung erklärt, ihn der Reparationskommission zur Verfügung zu halten, muß am 15. Juli bezahlt werden. gen: Dubois, Braburu.

Europäische Schuldenerleichterung? Paris, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Paris Parisien“ betont heute morgen, daß durch die Antwort der Allierten auf das deutsche Moratoriumsgebet die Krise in der Reparationsfrage als eröffnet erklärt sei. Es sei jetzt nicht weiter zu verwundern, daß der Präsident der Wiederermittlungskommission mit Valence Besprechungen über das Moratorium habe und daß gleichzeitig der englische Delegierte Paris verlassen habe und nach London zurückgekehrt sei, um bei seiner Regierung Instruktionen einzuholen. Am Sonntag werde er wieder in Paris sein. Das Blatt glaubt, daß die Kommission zwei weitere Fragen in den nächsten Tagen aufschreiben werde, und zwar die der Bedingungen des Moratoriums und die der Bedingungen der Anleihe. Was das Moratorium angeht, so scheint man von französischer Seite die Gewährung nicht zu beabsichtigen, so lange sich Deutschland noch nicht bereit erklärt habe, den Zahlungen auf das Konto der Reparationen eine Priorität vor allen inneren Zahlungen zu geben. Andererseits sei man auf britischer Seite besonders damit beschäftigt, ein Mittel zu finden, um eine neue Dankloshauskonferenz herbeizuföhren, damit unter diesen Umständen besser als im Mai die Aufnahme einer internationalen Anleihe zugunsten Deutschlands geprüft werde. Eine Anleihe hätte gleichzeitig den Zweck, die Zahlungen in Gold wieder aufzunehmen, um andererseits die Mark zu stabilisieren. Es sei bei dieser Gelegenheit gewünscht worden, daß England bereit heute erklären lassen könne, daß es auf einen Teil seiner Forderungen an Frankreich verzichteten werde.

### Die Antwort der Reparationskommission

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission übermittelte der deutschen Regierung folgende Note: Die Reparationskommission hat die Ehre, der Reichsregierung den Empfang des Memorandums vom 12. Juli zu bezeugen, und behält sich vor, dieses mit der ganzen Aufmerksamkeit zu prüfen, die der Ernst der darin geschilderten Lage erfordert. Doch ist sie überzeugt, daß die für Reparationen geforderten Zahlungen nur eine, und nicht die wesentliche Ursache der gegenwärtigen Markentwertung darstellen, und daß man endlich einen stabilen Zustand nur durch Verwirklichung von Finanzreformen schaffen kann, wie sie seit langem von der Reparationskommission gefordert wurden. Solange der Bericht des Garantiefomitees über die Durchführung dieser Maßnahmen der Reparationskommission nicht zugegangen ist, kann diese keine Entscheidung treffen. Angesichts der Dringlichkeit des Problems glaubt sie aber, eine Entscheidung fällen, und diese der deutschen Regierung noch vor dem 15. August bekanntzugeben zu lassen. Was die am 15. Juli fälligen Zahlungen betrifft, so erhält die Reparationskommission auf das Schreiben vom 12. Juli die Nachricht, daß die Höhe dieser Zahlungen nach Berücksichtigung gewisser, Deutschland angegebener, Kredite sich auf 22.107.207 Goldmark und 70 Pfennig beläuft. Dieser Rest, von dem die deutsche Regierung erklärt, ihn der Reparationskommission zur Verfügung zu halten, muß am 15. Juli bezahlt werden. gen: Dubois, Braburu.

### Europäische Schuldenerleichterung?

Paris, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Paris Parisien“ betont heute morgen, daß durch die Antwort der Allierten auf das deutsche Moratoriumsgebet die Krise in der Reparationsfrage als eröffnet erklärt sei. Es sei jetzt nicht weiter zu verwundern, daß der Präsident der Wiederermittlungskommission mit Valence Besprechungen über das Moratorium habe und daß gleichzeitig der englische Delegierte Paris verlassen habe und nach London zurückgekehrt sei, um bei seiner Regierung Instruktionen einzuholen. Am Sonntag werde er wieder in Paris sein. Das Blatt glaubt, daß die Kommission zwei weitere Fragen in den nächsten Tagen aufschreiben werde, und zwar die der Bedingungen des Moratoriums und die der Bedingungen der Anleihe. Was das Moratorium angeht, so scheint man von französischer Seite die Gewährung nicht zu beabsichtigen, so lange sich Deutschland noch nicht bereit erklärt habe, den Zahlungen auf das Konto der Reparationen eine Priorität vor allen inneren Zahlungen zu geben. Andererseits sei man auf britischer Seite besonders damit beschäftigt, ein Mittel zu finden, um eine neue Dankloshauskonferenz herbeizuföhren, damit unter diesen Umständen besser als im Mai die Aufnahme einer internationalen Anleihe zugunsten Deutschlands geprüft werde. Eine Anleihe hätte gleichzeitig den Zweck, die Zahlungen in Gold wieder aufzunehmen, um andererseits die Mark zu stabilisieren. Es sei bei dieser Gelegenheit gewünscht worden, daß England bereit heute erklären lassen könne, daß es auf einen Teil seiner Forderungen an Frankreich verzichteten werde.

### Kraffin in Berlin

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Berliner Koenblatt“ hört, ist der russische Botschaftsminister Kraffin, vom Haag kommend, in Berlin eingetroffen. Er hatte hier Besprechungen mit Jussowitsch, die sich auf die Haager Verhandlungen bezogen.

### Kraffin in Berlin

B. Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Berliner Koenblatt“ hört, ist der russische Botschaftsminister Kraffin, vom Haag kommend, in Berlin eingetroffen. Er hatte hier Besprechungen mit Jussowitsch, die sich auf die Haager Verhandlungen bezogen.